



Unser Beitrag zum Globalen Klimastreik am 15.09.2023:

„EU-Mercosur Freihandelsabkommen - Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte“

Das geplante EU-Mercosur Abkommen widerspricht den Klimazielen der EU, ist ungerecht und nicht zeitgemäß!

Es setzt auf die Ausweitung des internationalen Handels und dient in erster Linie den Konzerninteressen der Auto-, Agrar- und Chemie- Industrie! Dabei ist längst klar, in welchem Ausmaß der internationale Handel das Klima durch die CO₂ Emissionen beim Transport der Güter gefährdet!

Für die Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ist die EU ein wichtiger Handels- und Investitionspartner. Nach jahrelangen Verhandlungen gab es 2019 eine Vertragseinigung für ein gemeinsames Handelsabkommen. Es wurde noch nicht ratifiziert, weil hartnäckige Proteste der Bevölkerung auf beiden Seiten Druck auf die Regierungen ausübten. Eine Zusatzvereinbarung sollte nun dazu verpflichten, die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten.

Die von der EU gestellten Anforderungen an die Mercosur-Staaten, den Regenwald zu schützen sind extrem heuchlerisch. Wie soll ein Handelsabkommen, das durch Zollabbau auf der Ausweitung des Handels mit klimaschädlichen Produkten, wie z.B. Mineralien, Rindfleisch, Soja, und Bioethanol aus Zuckerrohr beruht, zu mehr Klimaschutz beitragen? Der unersättliche Rohstoffhunger der EU wird so zum Treiber für Monokulturen, weiteren Waldrodungen und Treibhausgas-Emissionen! Das ist wie jemand vorzuschreiben Sahnetorten zu essen und dabei abzunehmen. Die angedrohten Sanktionen betreffen dann auch nur die Mercosur-Staaten und nicht die Abnehmer der Produkte, also die EU.

Bei den Mercosur-Verhandlungen auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel Mitte Juli 23 in Brüssel war die Position des neuen Präsidenten Lula eindeutig: Er wehrt sich gegen ein ungleiches Abkommen, das mit Sanktionen droht und die Mercosur-Staaten dazu verdammt, für immer nur Lieferanten von Rohstoffen zu sein, anstatt eine eigenständige Industrie aufzubauen.

Außer Zollessenkungen ist in Freihandelsabkommen der Abbau sogenannter bürokratischer Handelshemmnisse beliebt. Das sind z.B. Arbeits-, Umwelt-, und Gesundheitsvorschriften die den Gewinn schmälern könnten.

Der aktuelle Text des EU-Mercosur-Abkommens schreibt eine traditionelle neokoloniale Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd fest. Die einseitige Kontrolle internationaler Konzerne über Wirtschaft und natürliche Ressourcen führt zu einer weiteren Ausbeutung von Ländern des Globalen Südens.

Hauptgewinner ist die europäische Autoindustrie – an erster Stelle Deutschland, als der weltweit größte Exporteur von Autos mit klimaschädlichen Verbrennungsmotoren. Der Zollabbau verspricht einen größeren Absatzmarkt und höhere Gewinne. Da können die argentinische und die brasilianische Autoindustrie nicht mithalten.

Ein Riesenskandal ist der Export von Pestiziden, laut einer aktuellen Untersuchung verkaufen BASF und Bayer in Brasilien mindestens zwölf Pestizidwirkstoffe, die in der EU nicht zugelassen sind. Das Mercosur-Abkommen sieht vor, die Zölle auf Pestizide und andere Chemikalien noch weiter zu senken oder gänzlich zu beseitigen. Das ist ein unverantwortlich hohes Risiko für die Bevölkerung!

Die vorgesehenen Schutzinstrumente für Mensch und Natur sind mangelhaft! Das Vorsorgeprinzip der EU-Umweltpolitik, mögliche Belastungen für die Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung zu vermeiden, ist im entsprechenden Kapitel nicht verankert.

Besonders betroffen sind die indigenen Bevölkerungsgruppen, deren zugesicherte Lebensräume weiter zerstört, und deren Menschenrechte oft missachtet werden.

Die Absenkung von Exportsteuern führt in den Mercosur-Staaten zu einem empfindlichen Verlust der Staatseinnahmen und zu sozial-ökologischen Konflikten.

Die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung prognostiziert einen Beschäftigungsrückgang von etwa vier Prozent in bestimmten Sektoren des Gewerbes im Mercosur.

WAS SIND UNSERE ALTERNATIVEN?

Bei der Ausarbeitung internationaler Handelsabkommen müssen Umweltverbände, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen gehört werden!

Wie es geht, hat uns kürzlich Ecuador gezeigt: In einem Referendum stimmte die Mehrheit der Bevölkerung für den Verzicht auf Ölförderung im Yasuni Nationalpark mit gleichzeitiger Versiegelung und Rückbau der Bohranlagen!

Es braucht einen Ausgleich für die wirtschaftlichen Einbußen der Mercosur-Staaten wenn sie auf Abholzung verzichten, es braucht faire Konzepte und Finanzmittel für eine Nachhaltige Nutzung des Regenwaldes.

Ziele internationaler Abkommen sollten sozial gerechte und ökologisch überlebensfähige Gesellschaften sein, die auf den Prinzipien der Solidarität, des Schutzes der Menschenrechte und der Umwelt beruhen. Daraus folgt: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (*ILO*) und die UN-Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*) müssen der verbindliche Rahmen der internationalen Handelspolitik sein und nicht nur ein Zusatzinstrument.

Kooperation statt Wettbewerb! Schutz von Mensch und Natur, Hoch die internationale Solidarität!